

**Sonder-Amtschefkonferenz
am 04. Juli 2018
in Berlin**

ERGEBNISPROTOKOLL

Stand: 20. 07. 2018

Vorsitz:
Ronny Meyer
Staatsrat
Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr

Sonder-Amtscheferkonferenz am 4. Juli 2018 in Berlin

TOP 2: Vorschläge der Europäischen Kommission zum Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und zur Gemeinsamen Agrarpolitik

Beschluss:

1. Die Amtschefkonferenz stellt fest, dass die EU-Kommission mit ihrem Vorschlag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) für die Jahre 2021 bis 2027 sowie den Verordnungsentwürfen zur Ausgestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) die Weiterentwicklung der GAP nach 2020 auf eine neue Grundlage stellen will.
2. Die Amtschefkonferenz begrüßt, dass die EU-Kommission mit dem künftigen EU-Haushalt ihren internationalen Verpflichtungen im Bereich Klimaschutz und Biodiversität gerecht werden will. Sie teilt die Auffassung, dass größerer Ehrgeiz bei Umwelt und Klimaschutz erforderlich ist und unterstützt das Ziel der EU-Kommission, Leistungen der Landwirtschaft für den Umwelt- und Klimaschutz noch stärker zu fördern. Die GAP muss in beiden Säulen den gesellschaftlichen Erwartungen entsprechen und künftig stärker in der Lage sein, landwirtschaftliche Erzeugung mit öffentlichen Gütern, wie z.B. dem Erhalt von traditionellen Kulturlandschaften, mit dem Schutz von Natur, Boden, Wasser, Klima, Umwelt und Biodiversität sowie den Anforderungen an das Tierwohl zu verbinden. Dafür muss die GAP finanziell gut ausgestattet werden.
3. Die Amtschefkonferenz begrüßt die Absicht der Europäischen Kommission, den Mehrjährigen Finanzrahmen der EU ab 2021 einschließlich seiner Sektorverordnungen stärker auf Nachhaltigkeit auszurichten. Sie begrüßt zudem, dass die Bundesregierung sich ebenfalls für mehr Nachhaltigkeit und eine stärkere Beachtung des Naturschutzes im MFR ausgesprochen hat und sich für eine Verbesserung der EU-Naturschutzfinanzierung einsetzen will.
4. Die Halbzeitberichte zur Wasserrahmenrichtlinie und zur EU-Biodiversitätsstrategie, die Verurteilung Deutschlands zur Nitratrichtlinie und nicht zuletzt das Insektensterben weisen darauf hin, dass die gesetzten Ziele in

Sonder-Amtschefkonferenz am 4. Juli 2018 in Berlin

diesen Bereichen ohne wesentliche zusätzliche Anstrengungen vieler Akteure nicht realisiert werden können. Hierbei spielt auch die Landwirtschaft eine wichtige Rolle. Neben dem Umweltprogramm LIFE und den Beiträgen aus dem EFRE kommt daher der GAP eine grundlegende Bedeutung zur Realisierung von Umweltaspekten im MFR zu.

5. Im Hinblick auf den Naturschutz nimmt die Amtschefkonferenz zudem zur Kenntnis, dass dessen Finanzierung weit überwiegend aus EU-Mitteln und hier insbesondere aus dem ELER, der zweiten Säule der GAP, erfolgt. Sie teilt die Feststellung der Bundesregierung, dass es ein bundesweites Finanzierungsdefizit des Naturschutzes gibt. Die Amtschefkonferenz verweist auf die Beschlüsse der 84. und 85. Umweltministerkonferenz zur EU-Finanzierung von Naturschutzmaßnahmen und bittet den Bund, sich auf europäischer Ebene weiterhin für eine angemessene und nachprüfbar Finanzierung der Umsetzung von EU-Umweltvorgaben (insbes. Natura 2000 und Wasserrahmenrichtlinie) einzusetzen.
6. Die Amtschefkonferenz betont die Bedeutung, die die Bewirtschaftung von Grünlandflächen mit geringer Produktivität für den Naturschutz hat. Sie erklärt nachdrücklich, dass insbesondere in Weidegebieten auch die Areale, auf denen Gras und andere Grünfütterpflanzen nicht vorherrschend sind, sowie wiedervernässte landwirtschaftliche Flächen, die mittels Paludikulturen genutzt werden, Bestandteile der förderfähigen Hektarfläche sein müssen. Die Amtschefkonferenz bedauert vor diesem Hintergrund, dass die Begriffsbestimmung zum Dauergrünland in den vorgelegten Legislativvorschlägen zur GAP hinter die erst durch die sogenannte Omnibus-Verordnung im Dezember 2017 erweiterte Grünlanddefinition zurückfällt. Die Amtschefkonferenz bittet den Bund sich in diesem Sinne auf europäischer Ebene für eine klarstellende Begriffsdefinition „landwirtschaftlicher Fläche“ und „Dauergrünland“ einzusetzen.
7. Vor diesem Hintergrund lehnt die Amtschefkonferenz die von der EU-Kommission vorgeschlagene Kürzung in der zweiten Säule der GAP ab. Dieser Einschnitt geht zu Lasten von Umwelt und ländlichem Raum und steht der von

Sonder-Amtscheferkonferenz am 4. Juli 2018 in Berlin

der Kommission angestrebten Stärkung von Umwelt- und Naturschutz sowie dem Beitrag zu den Klima- und Ressourcenschutzzielen der EU entgegen.

8. Insbesondere lehnt die Amtschefkonferenz es ab, dass die Kürzungen durch eine Anhebung der nationalen Kofinanzierungssätze in der zweiten Säule der GAP aufgefangen werden sollen. Daher bittet die Amtschefkonferenz den Bund, sich auf EU-Ebene gegen eine Kürzung der 2. Säule und für eine Beibehaltung des derzeitigen Finanzierungsniveaus der EU einzusetzen.
9. Die Amtschefkonferenz erkennt an, dass die Kommission mit dem Instrument der Konditionalität den Umwelt- und Klimaschutz stärken will. Dies muss aber so ausgestaltet werden, dass die Umweltziele der EU deutlich besser als bisher erreicht werden können. Das System der Konditionalität sollte auf die Anforderungen bzw. die Standards begrenzt werden, die einen Mehrwert für Umwelt, biologische Vielfalt, Klima, Gesundheit und Tierschutz haben. Die Einführung der Konditionalität darf nicht zu einem bürokratischen Mehraufwand führen.
10. Der tatsächliche Umweltbeitrag der GAP hängt davon ab, ob europaweit einheitliche ambitionierte Mindeststandards im Bereich des Natur- und Umweltschutzes gesetzt werden und ob Umweltziele EU-weit konkret benannt und mit aussagekräftigen, EU-weiten Indikatoren versehen werden. Ohne diese anspruchsvollen Leitplanken auf europäischer Ebene sind Wettbewerbsnachteile für Länder mit hohen gesellschaftlichen Erwartungen an den Klima-, Umwelt- und Naturschutz bzw. ein Wettbewerb um die niedrigsten Umweltstandards zu befürchten.
11. Nach Ansicht der Amtschefkonferenz soll die neue GAP neben den anderen Umwelt- und Klimazielen auch den weiteren Ausbau des ökologischen Landbaus entsprechend des Beschlusses des Bundesrats vom 2. Februar 2018 finanzieren können.
12. Um zusätzliche betriebliche Aufwendungen für die Erbringung öffentlicher Leistungen auszugleichen, müssen entsprechende Anreizkomponenten vorgesehen werden.

Sonder-Amtscheferkonferenz am 4. Juli 2018 in Berlin

13. Aufgrund von Wettbewerbsnachteilen droht die Landbewirtschaftung in ertragsschwachen Gebieten wegzubrechen. Damit entfele auch die Pflege der Kulturlandschaft zur Aufrechterhaltung der dortigen Biodiversität. Daher ist die Sicherung der Landwirtschaft in benachteiligten Gebieten als öffentliche Leistung aufrechtzuerhalten.
14. Innerhalb von EU-einheitlichen Leitplanken muss die GAP den Mitgliedstaaten und Regionen mehr Flexibilität als bisher bei der Entwicklung, Umsetzung und Kontrolle von Maßnahmen geben. Anspruchsvolle Förderziele können nur mit regionalen Gestaltungsspielräumen erreicht werden. Die Programmierung des regionalen ELER-Mitteleinsatzes muss weiterhin den Ländern überlassen bleiben, um ihre spezifischen Erfordernisse umsetzen zu können.
15. Die Amtschefkonferenz lehnt unnötige Bürokratie ab. Sie führt zu Belastungen von Verwaltungen, geht zu Lasten anspruchsvoller Umweltmaßnahmen und mindert deren Akzeptanz bei Landwirtinnen und Landwirten, die für einen kooperativen Ansatz unverzichtbar ist. Für die künftige Förderperiode ist deshalb eine grundlegende Überarbeitung aller ELER-Regelungen nötig, wozu u.a. ELER-RESET Vorschläge macht. Zugleich sind die Strategischen Pläne und die neuen Wirkungsindikatoren zentrale Bausteine des neuen, zielorientierten GAP-Modelles und werden von der Kommission als Voraussetzung für eine stärkere Flexibilität für die Mitgliedstaaten gesehen. Zudem sollten heute bestehende parallele Kontrollen im Fach- und Förderrecht bei der Tierkennzeichnung und -registrierung zukünftig vermieden werden. Ermächtigungen für nachträgliche Änderungen oder gar rückwirkende Festlegungen laufen der Planungssicherheit für Verwaltungen und Landbewirtschaftler entgegen.
16. Die Amtschefkonferenz begrüßt, dass die Kommission die konsequente Umsetzung des „Single Audit“-Ansatzes vorschlägt. Dies darf allerdings nicht dazu führen, dass die Anforderungen an die nationalen Prüfsysteme seitens der EU unverhältnismäßig erhöht werden.

Sonder-Amtschefkonferenz am 4. Juli 2018 in Berlin

17. Die Amtschefkonferenz begrüßt das Vorhaben der Europäischen Kommission, für die Einbeziehung von Klimabelangen in alle EU-Programme noch ehrgeizigere Ziele zu setzen und vorzusehen, dass jeder vierte Euro der EU-Ausgaben zur Verwirklichung der Klimaziele beitragen soll. Sie weist gleichzeitig darauf hin, dass hierzu eine klimaschutzwirksame Mittelverwendung unbedingt sichergestellt werden muss und eine höhere Kohärenz der verschiedenen Politikbereiche erforderlich ist. Es ist sicherzustellen, dass neben Maßnahmen der CO₂-Minderung auch Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung unterstützt werden.
18. Nach Auffassung der Amtschefkonferenz hat eine substanzielle EFRE-Förderung auch in den Regionen mit einem BIP über 100 % des EU-Durchschnitts einen besonderen europäischen Mehrwert, weil diese Regionen eine zentrale Rolle bei der vom Pariser Klimaabkommen vorgegebenen Verringerung der CO₂-Emissionen einnehmen und die EFRE-Förderung hierbei ein besonders wichtiges Instrument darstellt.
19. Die Amtschefkonferenz begrüßt die Erhöhung der Förderung für die Mittel des Programms für die Umwelt und Klimapolitik (LIFE) ausdrücklich und erkennt an, dass die EU-Kommission hier ein wichtiges Zeichen setzt. Sie sieht die Ausweitung des LIFE-Programms auf den Handlungsbereich Energiewende dann positiv, wenn dadurch dringend benötigte Finanzierungsmittel für Umwelt- und Naturschutz nicht verringert werden. Sie weist darauf hin, dass das LIFE-Programm auf modellhafte Entwicklung und Anwendung von innovativen Lösungen abzielt. Dies kann weder im Umfang noch in der Zielerreichung einen Rückgang der Förderung beziehungsweise eine eigentlich erforderliche Aufstockung von Mitteln für Agrarumweltmaßnahmen (AUKM) kompensieren. Für eine nachhaltige Sicherung der LIFE-Maßnahmen sind entsprechend ausgelegte und finanziell auskömmlich ausgestattete AUKM unverzichtbar. Verbesserte Rahmenbedingungen für Synergien zwischen LIFE und der Kohäsionspolitik beziehungsweise der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) sind wünschenswert.

Sonder-Amtscheffkonferenz am 4. Juli 2018 in Berlin

20. Die Amtsheffkonferenz begrüßt, dass die Umweltverwaltungen nach dem Kommissionsvorschlag bei der Umsetzung der GAP zu umweltrelevanten Aspekten beteiligt werden sollen. Sie bittet darum, dass diese frühzeitig und wirksam in die Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen und zur GAP einbezogen werden.

21. Das Vorsitzland wird gebeten, den Beschluss der ACK den Amtsheffinnen und Amtsheffs der Agrarministerkonferenz zuzuleiten.

Protokollerklärung der Länder Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen, Bremen und des Bundes:

Die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen, Bremen und der Bund sprechen sich gegen den Einsatz europäischer Gelder für Forschung aus, die auf Energiegewinnung mittels Atomkraft ausgerichtet ist. Der Einsatz von EU-Mitteln sollte im Atombereich auf Forschung für Strahlenschutz, Nuklearmedizin und Strahlentherapie, Endlagerung von radioaktiven Abfällen sowie zur Stilllegung und zum Abbau von Atomkraftwerken fokussiert werden.

Die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen, Bremen und der Bund teilen die Auffassung der Europäischen Kommission nicht, dass das Ziel einer tragfähigen, sicheren und umweltfreundlichen Energiequelle durch das Internationaler Thermonuklearer Versuchsreaktor (ITER) Projekt erreichbar ist. Die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen, Bremen und der Bund bitten die Bundesregierung, sich dafür einzusetzen, dass die Mittel des EU-Haushaltes für den ITER auf das völkerrechtlich verpflichtende Minimum beschränkt werden und sichergestellt wird, dass zukünftig nicht weitere Pflichten,

Sonder-Amtscheferkonferenz am 4. Juli 2018 in Berlin

insbesondere Kostentragungspflichten, für das Projekt ITER begründet werden. Die freiwerdenden Mittel sollen für Umwelt- und Klimaschutzmaßnahmen eingesetzt werden.

Die Länder Baden-Württemberg, Berlin, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen, Bremen und der Bund begrüßen, dass die Europäische Kommission die Umweltbelastungen durch Verpackungsabfälle aus Kunststoffen reduzieren möchte und hierzu ein fiskalisches Instrument vorschlägt, das einen Anreiz zur Vermeidung aber auch zum Recycling darstellen kann. Sie steht einem nationalen Beitrag, der anhand der in jedem Mitgliedstaat anfallenden nicht wiederverwerteten Verpackungsabfälle aus Kunststoff berechnet wird, positiv gegenüber.

**Sonder-Amtschefkonferenz
am 04. Juli 2018
in Berlin**

TOP 03: Verschiedenes











Berichterstatter: Bremen (UMK-Vorsitz)







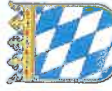


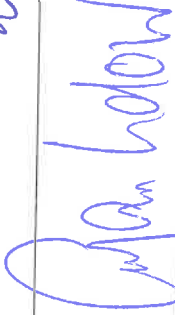






Es wurden keine Themen angemeldet



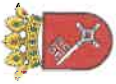

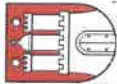
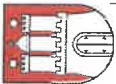






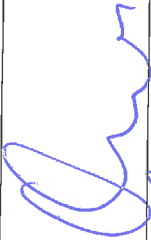

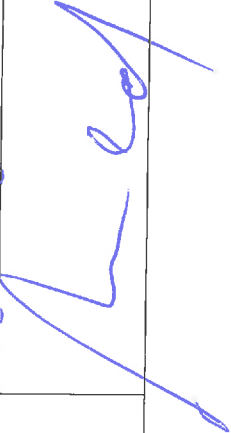


















4. Juli 2018
















Teilnehmerliste
Sonder-Amtschefkonferenz am 4. Juli 2018 in Berlin






Bundesland	Institution	Teilnehmende	Unterschrift
 Bundesregierung	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	Jochen Flasbarth (Staatssekretär)	
 Bundesregierung	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	Volker Meier (Abteilungsleiter)	
 Bundesregierung	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	Rudolf Ley (Unterabteilungsleiter)	
 Bundesregierung	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	Frank Klingenstein (Referatsleiter)	
 Bundesregierung	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	Jürgen Maaß (Referent)	

 Baden-Württemberg	Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	Helmfried Meinel (Amtschef)	
 Baden-Württemberg	Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft	Justus Koch (UMK-Referent)	
 Bayern	Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	Dr. Christian Barth (Ministerialdirektor)	
 Bayern	Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	Robert Schneider (Ministerialrat/UMK-Referent)	
 Berlin	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz	Stefan Tidow (Staatssekretär)	
 Berlin	Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz	Michael Thielke (Abteilungsleiter)	
 Brandenburg	Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft	Dr. Carolin Schilde (Staatssekretärin)	
 Brandenburg	Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft	Eduard Krassa (Ministerialdirektor)	

 Bremen	Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	Ronny Meyer (Staatsrat)	
 Bremen	Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr	Frank Steffe (UMK-Referent)	
 Hamburg	Behörde für Umwelt und Energie	Michael Pollmann (Staatsrat) <i>Beziehungsreferent</i>	
 Hamburg	Behörde für Umwelt und Energie	Michael Peper (UMK-Referent)	
 Hessen	Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	Dr. Beatrix Tappesser (Staatssekretärin)	
 Hessen	Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	Juliane Kiesewetter (UMK-Referentin)	
 Mecklenburg- Vorpommern	Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt	Dr. Jürgen Buchwald (Staatssekretär)	
 Mecklenburg- Vorpommern	Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt	Kai Umland (Referatsleiter)	

 <p>Mecklenburg-Vorpommern</p>	<p>Ministerium für Landwirtschaft und Umwelt</p>	<p>^{u. Rathke} Johan Radtke (UMK-Referent)</p>	
 <p>Niedersachsen</p>	<p>Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz</p>	<p>Frank Doods (Staatssekretär)</p>	
 <p>Niedersachsen</p>	<p>Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz</p>	<p>Dr. Ingo Stürmer (UMK-Referent)</p>	
 <p>Nordrhein-Westfalen</p>	<p>Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz</p>	<p>Hans-Bernd Hartmann (Referent)</p>	
 <p>Nordrhein-Westfalen</p>	<p>Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz</p>	<p>Dr. Jan Dietzel (Abteilungsleiter)</p>	
 <p>Rheinland-Pfalz</p>	<p>Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten</p>	<p>Dr. Thomas Griese (Staatssekretär)</p>	
 <p>Rheinland-Pfalz</p>	<p>Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten</p>	<p>Dani Fössl (UMK-Referent)</p>	
 <p>Rheinland-Pfalz</p>	<p>Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten</p>	<p>Tanita Stamm (Referentin)</p>	

	Saarland	Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	Roland Krämer (Staatssekretär)	
	Saarland	Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz	Dr. Silke Kruchten (UMK-Referentin)	
	Sachsen	Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft	Dr. Frank Pfeil (Staatssekretär)	
	Sachsen	Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft	Detlev Sann (UMK-Referent)	
	Sachsen	Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft	Alfons Weiß (Referatsleiter)	
	Sachsen-Anhalt	Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie	Dr. Ralf-Peter Weber (Staatssekretär)	
	Sachsen-Anhalt	Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie	Dr. Steffen Ebert (UMK-Referent)	
	Schleswig-Holstein	Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung	Anke Erdmann (Staatssekretärin)	

 <p>Schleswig-Holstein</p>	<p>Ministerium für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung</p>	<p>Dr. Hans-Georg Stark (Referent)</p>	
 <p>Thüringen</p>	<p>Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz</p>	<p>Olaf Möller (Staatssekretär)</p>	
 <p>Thüringen</p>	<p>Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz</p>	<p>Kerstin Laue (Stabstellenleiterin)</p>	